

NIEDERSCHRIFT

über die 1. Sitzung

des Planungs-, Klimaschutz und Umweltausschusses

(XVIII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **05.03.2026**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:11 Uhr
Ende der Sitzung: 19:41 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Harald Freiherr von Canstein

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein
2. Herr Hans Ludwig Dickers
3. Herr Norbert Dyckers
4. Herr Karl Josef Flüchten
5. Frau Petra Indenhuck Vertretung für Frau Birgitta Pannenbecker
6. Herr Harald Lenden
7. Frau Sandra Lohr Vertretung für Frau Sabina Kram, anwesend bis 19:22 Uhr
8. Herr Dr.-Ing. Michael Roemer
9. Herr Wolfgang Wappenschmidt
10. Herr Johann-Andreas Werhahn

• SPD-Fraktion

11. Frau Christina Borggräfe
12. Herr Horst Fischer
13. Herr Uwe Jansen
14. Frau Nicole Jockisch
15. Herr Wolfgang Kaisers
16. Herr Rainer Thiel Vertretung für Herrn Christian Stupp; anwesend bis 18:32 Uhr

• **AfD-Fraktion**

- 17. Herr Arthur Rupprecht
- 18. Frau Petra Stefen

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 19. Frau Katharina Janetta
 - 20. Frau Leoni Kanders
 - 21. Herr Hans Christian Markert
- Vertretung für Herrn Detlef Harting; anwesend bis 19:35 Uhr

• **Kreistagsfraktion Die Linke/Die PARTEI**

- 22. Herr Norman Schiffer

• **Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler/ Zentrum**

- 23. Frau Bianca Lins

• **Gäste**

- 24. Frau Monika Zimmermann
- 25. Frau Dr. Roxana Leitold Leitold
- 26. Herr Max Ulrich
- 27. Herr Dennis Wegkamp
- 28. Frau Estelle Herlyn

• **Verwaltung**

- 29. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 30. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 31. Herr Dezernent Harald Vieten
- 32. Frau Ines Willner
- 33. Herr Marcus Temburg
- 34. Frau Ina Grothe
- 35. Frau Regina Krings
- 36. Herr Thiago de Carvalho Zakrzewski
- 37. Frau Aileen Wichmann
- 38. Herr Fabian Fox
- 39. Herr Raphael Hermanski
- 40. Frau Andrea Steins
- 41. Herr Mervin Antony Cruz

• **Schriftführer**

- 42. Herr Karl-Heinz Olk

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger	5
3.	Bestellung Schriftführung Vorlage: 68/0498/XVIII/2026	5
4.	Sachstandsbericht zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzepts Vorlage: 61/0526/XVIII/2026	5
5.	Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath Vorlage: 68/0537/XVIII/2026	7
6.	Nachhaltigkeitsstrategie Rhein-Kreis Neuss: Einordnung der Ergebnisse für die politischen Beratungen Vorlage: 61/0481/XVIII/2026	9
7.	Tischvorlage: Bericht zu Haushaltsbeschlüssen „Konzepte Flächenoptimierung und Desk Sharing“ - Flächenpotentialanalyse Vorlage: VI/0592/XVIII/2026	11
8.	Unterstützung der Biologischen Station beim Aufbau eines Regionalzentrums für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/0502/XVIII/2026	13
9.	Förderantrag "Biotopteiche Wevelinghoven" Vorlage: 61/0506/XVIII/2026	13
10.	Mitteilungen	14
10.1.	Abfallgebühren der kreisangehörigen Kommunen Vorlage: 68/0515/XVIII/2026	14
10.2.	Perspektivische Wasserführung des Gillbachs Vorlage: 68/0540/XVIII/2026	14
11.	Anfragen	15
12.	Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle	15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein eröffnet die Sitzung, begrüßt die Abwesenden und stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Borggräfe erinnert an die Vereinbarung aus der vergangenen Wahlperiode, die Anzahl von Präsentationen im Ausschuss zu begrenzen. Die so erzielte Konzentration auf weniger Schwerpunktthemen habe sich bewährt und solle daher fortgeführt werden. **Vorsitzender Herr Dr. von Canstein** stimmt dem inhaltlich zu und schlägt vor,

erst einmal abzuwarten, wie die Verwaltung dies in den nächsten Sitzungen umsetzen werde.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Die anwesenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger Herr Norbert Dyckers, Herr Dr.-Ing. Michael Roemer, Herr Johann-Andreas Wehrhahn, Herr Uwe Jansen, Frau Petra Stefen, Frau Katharina Janetta und Frau Bianca Lins werden durch Verlesung folgender Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Rhein-Kreises Neuss erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe.)“ verpflichtet.

3. Bestellung Schriftführung Vorlage: 68/0498/XVIII/2026

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortbeiträge.

PLUA/20260305/Ö3

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss bestellt für die XVIII. Wahlperiode Herrn Techn. Kreisbeschäftigten Karl-Heinz Olk zum Schriftführer sowie Herrn Kreisinspektor Mervin Antony Cruz zum ersten stellvertretenden Schriftführer und Frau Kreisamtfrau Andrea Steins zur zweiten stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4. Sachstandsbericht zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzepts Vorlage: 61/0526/XVIII/2026

Protokoll:

Frau Grothe informiert zum Klimaschutzkonzept. Ein zentraler Schwerpunkt bilde die Fortschreibung der Treibhausgasbilanzierung, für jede kreisangehörige Kommune und auch für den gesamten Rhein-Kreis Neuss. Dafür würden die Energiedaten systematisch aufbereitet und in das Bilanzierungstool des Klima-Bündnisses überführt, dem sogenannten Klimaschutz-Planer. **Frau Grothe** verweist auf die Wanderausstellung „Gutes Klima im Rhein-Kreis Neuss“, aktuell in Meerbusch zu sehen. Diese Ausstellung bilde ein wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit, da sie die Beteiligung vor Ort

fördere und Möglichkeiten für ein eigenes Engagement im Bereich des Klimaschutzes aufzeige. Nächster Ausstellungsort sei das Kulturzentrum in Sinsteden.

Frau Grothe berichtet über die Ausschreibung zum zweiten Umweltpreis des Rhein-Kreises Neuss. Hierbei sei im Vorfeld eine erfolgreiche Kooperation mit der Speira GmbH und der Neuß-Grevenbroicher Zeitung eingegangen worden. Bis zum Fristende am 15. Februar 2026 seien insgesamt 27 Bewerbungen eingegangen, eine sehr gute Resonanz.

Frau Grothe informiert über den Aufbau des Klimaanpassungsmanagements. Ziel dabei: Die Resilienz des Kreises bei Hitzeperioden, Starkregenereignissen und Trockenphasen langfristig zu stärken. Derzeit werde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz ein Konzept zur nachhaltigen Klimaanpassung erarbeitet. Der Förderzeitraum laufe noch bis zum 30. September 2027.

Frau Grothe führt aus, dass der Kreis die Firma Rebel Deutschland GmbH mit der Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes beauftragt habe. Zusätzlich sei die Firma AtmoVera mit ins Boot geholt worden, die sich auf die Entwicklung hochwertiger Datensätze spezialisiert habe. Deren Vertreter Herr Ulrich sei per Video live aus Österreich zugeschaltet.

Frau Dr. Leitold stellt die Firma Rebel Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf vor. Rebel Deutschland GmbH beschäftige sich intensiv mit Wirtschafts- und Strategieberatung. **Frau Dr. Leitold** informiert über den Arbeitsauftrag. So sollen insbesondere die notwendigen Anpassungsprozesse an die Folgen des Klimawandels im Rhein-Kreis Neuss identifiziert werden. Hauptziel: Die Widerstandsfähigkeit des Kreises gegen klimatische Veränderungen zu stärken. Natürlich werden dafür auch Kosten und Nutzen untersucht, nicht zuletzt Finanzierungsmöglichkeiten eruiert.

(Anmerkung der Schriftführung: Alle Powerpoint-Vorträge aus dem öffentlichen Teil sind auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss abgelegt, für alle zugänglich und frei verfügbar. Pfad: Verwaltung und Politik/ Politik und Wahlen/ Kreisinformationssystem Bürgerportal/ Gremien/ Planungs- Klimaschutz- und Umweltausschuss/ 05.03.2026)

Herr Ulrich informiert über den ersten Schritt, einer Bestandsaufnahme mit ausführlicher Dokumentation der klimatischen Ausgangslage im Kreisgebiet. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung solle auch geklärt werden, welche Bevölkerungsgruppen primär betroffen sein werden. **Herr Ulrich** verweist auf die dokumentierte Temperaturzunahme im Rhein-Kreis Neuss. So habe ab 1961 das Jahresmittel bei den Temperaturen bis heute über 2 Grad Celsius zugenommen. Betrachte man die weitere Entwicklung, sehe dies noch besorgniserregender aus. So nehme die Anzahl der Hitzetage mit Temperaturen > 30 Grad von derzeit 12 Tagen pro Jahr in der nahen Zukunft auf 15-20 Tagen zu, in der fernerer Zukunft auf 20 bis 40 oder sogar mehr Tage. **Herr Ulrich** betont, dass in 10 bis 20 Jahren im Rhein-Kreis Neuss ein Klima wie aktuell in Norditalien herrschen werde. Er fügt hinzu, dass in Sachen Starkregen mit einer Zunahme von 10 bis 25 % gerechnet werde. **Herr Ulrich** berichtet über die Betroffenheitsanalyse, über Schäden im Gebäudebestand aufgrund extremer Wetterereignisse. Die Schäden durch Hagel, Sturm und Starkregen liegen im Rhein-Kreis Neuss derzeit bei ca. 26 Mio. € pro Jahr, würden aber in den nächsten Jahrzehnten durch die Klimaveränderung auf ca. 43 Mio. € pro Jahr anwachsen. **Herr Ulrich** referiert über einen weiteren Arbeitsschritt, die Ermittlung von Schwerpunkten mit einem hohen Anpassungsbedarf. Dies können räumliche Hotspots wie Wärmeinseln oder Sturmrisikogebiete sein, aber auch thematische Hotspots, wie z. B. die Versorgung vulnerabler Gruppen, also besonders schutzbedürftiger Menschen.

Frau Dr. Leitold fasst die ersten 3 Arbeitsschritte mit dem Begriff „Klimarisiko- und Betroffenheitsanalyse“ zusammen. Darauf aufbauend soll eine Gesamtstrategie entwickelt werden, ein Handlungsrahmen für den noch zu entwickelnden Maßnahmenkatalog und ein Leitbild. Handlungsfelder seien z. B. die menschliche Gesundheit und die Siedlungsentwicklung. Im weiteren Prozess werde auch die Öffentlichkeitsarbeit einen Schwerpunkt bilden. Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Kreises Neuss sollen vermehrt eingebunden werden. **Frau Dr. Leitold** informiert abschließend über den Zeitplan. Das Klimawandelanpassungskonzept für den Rhein-Kreis Neuss soll im Sommer 2027 übergeben werden.

Frau Borggräfe erkundigt sich zur Verzahnung des Klimaschutzkonzeptes des Kreises mit der Nachhaltigkeitsstrategie und zur Einbindung bereits vorhandener Klimaanpassungskonzepte aus den kreisangehörigen Kommunen. **Frau Grothe** antwortet, dass das Klimaschutzkonzept des Kreises bereits in die Nachhaltigkeitsstrategie mit aufgenommen worden sei. Auch gebe es einen regen Austausch mit Neuss, Dormagen, Meerbusch und Korschenbroich, die bereits über ein Klimaanpassungskonzept verfügen. Am Ende des Weges soll ein abgestimmtes Gesamtkonzept für den gesamten Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung stehen. **Herr Markert** fragt, ob auch die Verhaltensoptimierung Bestandteil des Klimaanpassungskonzeptes sei. Wie flexibel und schnell könne eine Verwaltung reagieren, wenn z. B. durch extreme Wetterlagen ein sofortiges Handeln zwingend nötig sei. **Frau Dr. Leitold** antwortet, dass das Thema eine große Rolle im Konzept spielen werde, welche Maßnahmen z. B. nach einem Unwetter zeitnah zu erfolgen haben. **Herr Wappenschmidt** fragt, warum bei der Starkregentwicklung kaum eine Steigerung bei den Gebäudeschäden erwartet werde. **Herr Ulrich** erklärt, dass die Gebäudeschäden bei Hagel und Sturm im Regelfalle deutlich kostenintensiver ausfielen als durch einen Starkregen. Auf Anfrage von **Herrn Wappenschmidt** informiert **Herr Ulrich**, dass Schäden durch Hochwasser mit zu den Starkregenereignissen dazugerechnet werden. **Vorsitzender Herr Dr. von Canstein** betont, dass Kartenwerke solcher Klimaanpassungskonzepte eindeutig und für die Bürger nutzbar sein müssen. **Vorsitzender Herr Dr. von Canstein** bittet um ein hochauflösendes Kartenwerk, das die verschiedenen Effekte von Stadtbäumen berücksichtigt: Einerseits wirken Bäume kühlend, andererseits können sie jedoch unter Umständen (wenn sie eine Frischluftschneise blockieren) erwärmend wirken.

PLUA/20260305/Ö4

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung, Klimaschutz und Umwelt nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5. Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath

Vorlage: 68/0537/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Küpper leitet in die Thematik ein. Er verweist darauf, dass der Kreis als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für die Entsorgung bzw. Verwertung von ca. 100.000 t Restmüll zuständig sei, der aus den acht kreisangehörigen Kommunen an

die Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage, kurz WSAA, geliefert werde. Für die aufwändige Abfallbehandlung vor Weitertransport zu verschiedenen Müllverbrennungsanlagen bedarf es natürlich einer funktionierenden, zuverlässigen Anlagentechnik. **Herr Küpper** betont, dass die alte derzeit noch betriebene WSAA nur noch mit Mühe und Not am Laufen gehalten werden könne. Ein Neubau sei alternativlos. **Herr Küpper** stellt heraus, dass der Neubau der WSAA nicht nur in finanzieller Hinsicht für den Kreis ein sehr großer Kraftakt sei. Die Verwaltung habe in der letzten Wahlperiode daher gerne zugesagt, regelmäßig zum aktuellen Sachstand zu berichten.

Herr Wegkamp von der beauftragten Ingenieurgesellschaft pbo referiert zur Ausgangssituation. Die nunmehr über 30 Jahre alte WSAA müsse aufgrund der flächigen Korrosion aus Sicherheitsgründen inzwischen alljährlich von einem Statiker untersucht werden. Zudem sei die Maschinentechnik am Ende ihrer Lebensdauer angelangt. **Herr Wegkamp** informiert über die Vorplanung aus dem Jahr 2023, die Phase der Entscheidungsfindung in 2024 mit der finalen Entscheidung für die Kunststoffausschleusung aus dem Restmüll, schließlich über die Entwurfs- und Genehmigungsplanung, die bis heute andauere.

Herr Wegkamp betont, dass die Entwurfsplanung zurzeit angepasst werde, vorrangig um Kostensenkungspotentiale zu ermitteln. Im Rahmen dieser Anpassung sollen die

- Papier-, Pappe- und Kartonagenbehandlung (PPK) sowie die Sperrmüllanlieferung verlegt,
- Bestandsstützen und Fundamente in der Anliefer- und Maschinenhalle erhalten bleiben und
- das Umbaukonzept geändert werden.

Herr Wegkamp erklärt die Anpassung der Entwurfsplanung detailliert in seinem Powerpoint-Vortrag.

Er informiert über die „Ewigkeitschemikalie“ PFAS, welches früher regelmäßig in Löschschäumen verwendet worden sei. PFAS sei in der Vergangenheit auch bei einigen Feuerlöschsätzen auf dem Gelände der WSAA eingesetzt worden. Die Folge: Es gebe Kontaminationen im Untergrund mit der Gefahr von Grundwasserverunreinigungen. Konzentration und Verbreitung der PFAS-Belastung werden aktuell untersucht. Liegen die Ergebnisse vor, werde die weitere Vorgehensweise besprochen: Reichen relativ günstige Versiegelungsmaßnahmen aus oder müsse kosten- und zeitintensiv Bodenmaterial ausgekoffert werden? **Herr Wegkamp** ergänzt, dass solange die betroffene Bodenmasse, die PFAS-Gehalte, Konzentrationen im Feststoff und im Eluat sowie mögliche nachfolgende Entsorgungswege noch nicht bekannt seien, keine belastbaren Angaben zu den Sanierungskosten gemacht werden können.

Herr Wegkamp verweist auf die komplexe Genehmigungslage. Er informiert über die aktuell durchgeführte Kostenberechnung. Zukünftige Baukostensteigerungen, neue Brandschutzaufgaben und verschiedene rechtliche Vorgaben bei der Entwässerung seien kostenmäßig noch nicht genau festzulegen.

Herr Wegkamp fasst die Nettokosten zusammen:

Kostenschätzung im Februar 2024: 24 Mio. €

Kostenberechnung im Februar 2025: 26,8 Mio. €

Kostenberechnung Ende 2025: 25,9 Mio. €

Durch die Identifizierung von Kostensenkungspotentialen seien seit der Schätzung vom Februar 2025 bislang 900.000 € aufgefangen worden. Ein angepasstes Umbaukonzept

könne wahrscheinlich zu weiteren Einsparungen führen. Die nächste Aktualisierung der Kostenschätzung wird Mitte 2026 erfolgen.

Anschließend informiert **Herr Wegkamp** über weiter ansteigenden Müllverbrennungspreise und zunehmende CO₂-Abgaben. Er referiert über die Marktentwicklung für aussortierte Kunststoffe. Wenn sich das großtechnische chemische Recycling von verschmutzten, gemischten Kunststoffen etabliere, wäre dies ein großer Schritt in der Abfall- und Energiewirtschaft. Die EU-Kommission habe inzwischen eine systematische Unterstützung des chemischen Recyclings angekündigt. Sollte aber bei der Kunststoffverwertung der schlimmste Fall, ein sogenanntes worst case- Szenario eintreten, rechne pbo mit maximalen Zusatzkosten in Höhe von 3,75 € pro Bürger und Jahr. Auf jeden Fall sei man durch das Aussortieren der Kunststofffraktion aus dem Restmüll in der Abfallwirtschaft etwas breiter aufgestellt als bei einem reinen Umschlag, z. B. weil noch alternative Verwertungswege genutzt werden können. Pbo empfiehlt weiterhin, die Kunststoffverwertung umzusetzen.

Herr Wegkamp beendet seinen Vortrag mit einer aktualisierten Zeitplanung. Nach endgültigem Abschluss der Entwurfs- und Ausführungsplanung erfolgen die Genehmigungs- und Vergabeverfahren. Die Bauphase liege dann zwischen 2027 bis 2029, so dass die Inbetriebnahme der neuen WSAA in 2029 erfolgen könne.

Herr Wappenschmidt erinnert an die Grundsatzentscheidung, auch zukünftig Wertstoffe aus dem Restmüll auszusortieren und dies zu bezahlbaren Konditionen für die Bürger. Er fragt, ob die diskutierten Maßnahmen zur Reduzierung des Anteils des Bioabfalls im Restmüll inzwischen zu positiven Ergebnissen geführt haben. **Herr Küpper** berichtet über die Arbeitsgemeinschaft Bioabfall, in der alle Kommunen mitarbeiten, die eine braune Tonne anbieten. Ein großer messbarer Schub sei erfolgt, nachdem die Stadt Neuss die Biotonne ihren Bürgern nun kostenlos anbiete.

Herr Küpper sieht aber noch Potential bei der Abfalltrennung. Er berichtet von den Maßnahmen zur Förderung der Abfalltrennung. Mehr Bioabfall in der braunen Tonne bedeute nicht nur reduzierte Abfallverbrennungskosten sondern auch die vermehrte Erzeugung von marktgängigem Kompost. **Herr Wehrhahn** betont, dass aktuell noch nicht alle Vorteile einer Abfalltrennung mit anschließender Abfallverwertung zu erkennen seien. Dies werde erst die Zukunft zeigen. **Herr Kaisers** führt aus, dass es sich bei der Kunststoffseparation aus dem Restmüll um ein zukunftsfähiges Projekt handle, trotz der angespannten Lage auf dem aktuellen Kunststoffmarkt. **Herr Markert** verweist auf verschiedene Ahndungsmöglichkeiten bei Fehlwürfen. Beispielhaft könne die Müllabfuhr bei Fehlwürfen die Abfallgefäße stehen lassen und mit einem roten Hinweisaufkleber versehen. Er spreche sich in Sachen „Wie trenne ich meinen Abfall richtig“ für eine zusätzliche Kampagne aus. **Herr Küpper** zitiert den Betreiber des Kompostwerkes in Korschenbroich, wonach der Fehlwurfanteil in den braunen Tonnen aus dem Rhein-Kreis Neuss gering sei. Das eigentliche Hauptproblem sei, dass sich nach wie vor zu viel organisches Material in den Restmülltonnen befinde.

6. Nachhaltigkeitsstrategie Rhein-Kreis Neuss: Einordnung der Ergebnisse für die politischen Beratungen Vorlage: 61/0481/XVIII/2026

Protokoll:

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein begrüßt Frau Prof. Herlyn, wissenschaftliche Leiterin des Kompetenzzentrums für nachhaltige Entwicklung an der FOM Hochschule für Ökonomie und Management. **Vorsitzender Herr Dr. von Canstein** stellt heraus, dass Frau Prof. Dr. Herlyn ihre Fachkompetenz u. a. auch im Beirat für die Arbeiten zur Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreises Neuss eingebracht habe.

Frau Prof. Herlyn verweist in ihrem Vortrag eingangs darauf, dass es das Thema Nachhaltigkeit aktuell sehr schwer habe, aus nachvollziehbaren Gründen. Sie empfehle aber gerade deshalb, die Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreises Neuss nunmehr zu verabschieden. So gebe es nach einer Umsetzung dieser neuen Strategie die einmalige Chance, Dinge anders, erfolgreicher zu machen als bislang der Fall. **Frau Prof. Herlyn** betont, dass die bisherige Herangehensweise an die Themen „Klimaschutz“ und „Nachhaltigkeit“ endlich auf den Prüfstand gehörten und dass die nun vorliegende Nachhaltigkeitsstrategie dafür eingesetzt werden könne, insbesondere der Thematik auch einen Aufschwung zu geben.

Frau Prof. Herlyn erklärt in einer Rückschau, wie es zu den siebzehn Zielen der UN-Agenda 2030 gekommen sei. Startphase sei die erste weltweite Umweltkonferenz im Jahre 1972 in Stockholm gewesen, initiiert durch die Industrieländer, denen damals bewusst geworden sei, dass wirtschaftliches Wachstum seinen Preis vor allem auch auf der Umweltseite habe. **Frau Prof. Herlyn** stellt eine Hauptaussage von Indira Gandhi heraus, die als Vertreterin eines Entwicklungslandes ebenfalls an dieser UN-Veranstaltung teilgenommen habe. „Zunächst müsse es gelingen, den benachteiligten Menschen auf dieser Erde nachzuweisen, dass sich die Bemühungen zum Umweltschutz nicht nachteilig für sie auswirken werden, sondern ganz im Gegenteil, ihr Leben verbessern werde.“ **Frau Prof. Herlyn** betont, dass diese Kernaussage bis heute aktuell sei. Wirtschaftliche Entwicklung sowie Umwelt- und Klimaschutz seien zwei völlig gleichberechtigte Handlungsstränge, die als ein zusammenhängendes Zielsystem begriffen werden müssen. Das isolierte Herauspicken einzelner Schwerpunktthemen werde jedenfalls nicht zum Erfolg führen.

Frau Prof. Herlyn informiert, dass die Agenda 2030 auf dem UN-Weltgipfel im Jahre 2015 verabschiedet worden sei. Dass diese Ziele, realistisch betrachtet, bis 2030 nicht mehr zu erreichen seien, sei inzwischen unbestreitbar.

Sie verweist auf die Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreises Neuss. Auch hier müsse das Hauptziel sein, diese z. T. sehr unterschiedlichen Ziele miteinander zu vernetzen und zu verbinden.

Frau Prof. Herlyn erklärt, warum es das Thema Nachhaltigkeit aktuell sehr schwer habe. Deutschland sei zurzeit in einer schwierigen Lage, insbesondere in ökonomischer Sicht. Die Unternehmen leiden unter Nichtplanbarkeit, Bürokratie, hohen Energiekosten und Fachkräftemangel. Gehe es den Betrieben schlecht, stehen natürlich auch weniger finanzielle Mittel für einen nachhaltigen Umweltschutz zur Verfügung.

Frau Prof. Herlyn erklärt, dass ohne einen gravierenden Strategiewechsel bereits in wenigen Jahren eine Situation drohe, dass aus dem Bundeshaushalt nur noch Sozial- und Verteidigungsausgaben sowie Zinszahlungen für Schulden leistbar seien. Sie stellt die Frage, wie denn zukünftig Umweltschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen finanziert werden sollen.

Frau Prof. Herlyn fasst zusammen, dass begrenzte finanzielle Mittel zukünftig nur noch effizient, ziel- und ergebnisorientiert eingesetzt werden dürfen, insbesondere für

naturbasierte Lösungen. Die Aufgaben, die hinter dem Begriff Nachhaltigkeit stecken, seien zutiefst relevant und können nur politisch gelöst werden. Trotz berechtigter Kritik an verschiedenen Klima- und Umweltschutzaktivitäten, insbesondere auf Bundes- und EU- Ebene, empfiehlt **Frau Prof. Herlyn** dennoch die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreises Neuss. Sie sehe in der Umsetzung dieser Strategie eine einmalige Chance für Verbesserungen gegenüber dem Status Quo.

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein bedankt sich für die realistische Einschätzung und sagt, dass es nicht einfach sein werde, die vielleicht auch nur scheinbar diametral unterschiedlichen Ziele zusammen zu bekommen. **Herr Markert** sagt, dass die Umsetzung dieser Nachhaltigkeitsstrategie wertvoll sei, gerade in Zeiten eines Strukturwandels in der Region. **Herr Wappenschmidt** begrüßt, dass Frau Prof. Dr. Herlyn in ihrem Vortrag die Wichtigkeit des Dreiklangs zwischen den Themen Ökologie, Ökonomie und Soziales herausgestellt habe. Bei der Umsetzung der Strategie dürfe nicht einseitig eines dieser Arbeitsfelder vorangestellt werden. **Kreisdirektor Brügge** betont, dass die Gleichgewichtung von Ökologie, Ökonomie und Soziales immer Ziel der Strategie gewesen sei. Auch wenn in der Vergangenheit teilweise ein anderer Eindruck entstanden sei, weil verschiedene Maßnahmenbereiche nacheinander und schwerpunktmäßig bearbeitet worden seien. **Kreisdirektor Brügge** erklärt die weitere Vorgehensweise. Den Ausschussmitgliedern werde die Nachhaltigkeitsstrategie in Kürze übermittelt. Er bittet um ein zeitnahes Feedback, damit Änderungswünsche bis zur nächsten Sitzung berücksichtigt werden können.

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein betont, dass die Verwaltung eine Rückmeldung bis zum 17. Mai benötige, besser noch schneller, damit dann in der nächsten Ausschusssitzung am 9. Juni über die Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreises Neuss abgestimmt werden könne.

PLUA/20260305/Ö6

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung, Klimaschutz und Umwelt nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7. Tischvorlage: Bericht zu Haushaltsbeschlüssen „Konzepte Flächenoptimierung und Desk Sharing“ - Flächenpotentialanalyse Vorlage: VI/0592/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Vieten verweist auf die detaillierte Verwaltungsvorlage. Er stellt heraus, dass die Umsetzung der Arbeiten zur Optimierung der Büroflächenoptimierung nicht einfach und vor allem aber sehr zeitintensiv sei. **Herr Vieten** betont, dass die Sozialverträglichkeit bei grundlegend veränderten Arbeitsbedingungen einen Schwerpunkt darstelle, da die meisten Mitarbeitenden der Kreisverwaltung direkt betroffen sein werden.

Herr Markert fragt zur Software, die der Kreis einsetze. Bevor Gebäude und Büros umgebaut werden, müsse zunächst eine vernünftige Software installiert werden. **Herr**

Fox, der zuständige Abteilungsleiter der Gebäudewirtschaft der Kreisverwaltung antwortet, dass das Programm BELOS eingesetzt werde. **Herr Wappenschmidt** verweist darauf, dass die Einführung der E-Akte die Basis für ein Desksharing bilde. Die ersten drei Verwaltungsvorschläge zur Umsetzung trage seine Fraktion mit, bei Vorschlag Nr. 4 schlage er jedoch vor, diesen zunächst in der Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ der Landrätin zu diskutieren, da hiervon zwei kreisangehörige Kommunen direkt betroffen seien. **Kreisdirektor Brügge** verweist darauf, dass bei der geplanten Büroflächenoptimierung die Kostenseite nicht vergessen werden dürfe. **Frau Borggräfe** erinnert daran, dass das Thema „mobiles Arbeiten und Desksharing“ parallel im Personalausschuss behandelt werde, mit allerdings anderen Schwerpunkten. Sie schlägt vor, die Ergebnisse aus den beiden Ausschüssen miteinander zu vernetzen. **Herr Wappenschmidt** stimmt diesem Vorschlag zu, wenn die Ergebnisse der Prüfaufträge vorliegen. **Herr Kaisers** berichtet zum Thema aus seinen Erfahrungen als Betriebsrat. Die Einführung der E-Akte sei Grundvoraussetzung und die Mitarbeitenden müssen bei der Umsetzung natürlich auch „mitgenommen“ werden. **Herr Vieten** betont, dass die Ziele der Büroflächenoptimierung erkannt und klar formuliert seien. Er verweist darauf, dass zurzeit das größte energetische Bauprogramm der Kreisverwaltung anlaufe und das Verwaltungspersonal aus der Gebäudewirtschaft dadurch voll ausgelastet sei. Ohne Zusatzpersonal sei daher eine schnelle Umsetzung der Büroflächenoptimierung nicht möglich. **Herr Vieten** plädiert dafür, Flächenoptimierungen entsprechend der Verwaltungsvorlage Schritt für Schritt umzusetzen und dieses gemeinsam mit dem Personalrat. **Herr Markert** betont, dass es auch low-cost-Möglichkeiten gebe. Nicht immer müssen Büroräume im Bestand aufwändig und kostenintensiv umgebaut werden. Er vereist diesbezüglich auf eine Studie des Fraunhofer Instituts, das im Auftrag des Landes NRW Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet habe. Dem Vorschlag, dass Thema im Personal- und im Umweltausschuss zu behandeln stimme er ebenfalls zu.

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein, Frau Borggräfe, Herr Markert und Herr Wappenschmidt formulieren einen geänderten Beschlussvorschlag, betonen dabei einvernehmlich, dass es sich hierbei um einen ersten Schritt in Sachen Umsetzung der Büroflächenoptimierung handle.

PLUA/20260305/Ö7

Beschluss:

Der Planungs- Klimaschutz- und Umweltausschuss beschließt:

1. Die Themen „Flächenoptimierung, Mobile Arbeit und Desksharing“ sollen zukünftig zusätzlich zum Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss auch im Personalausschuss behandelt werden.
2. Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss stimmt in einem ersten Schritt den Vorschlägen
 - a. Umsetzung eines flexiblen Flächenkonzepts beim Neubau des Jugendamtes in Korschenbroich,
 - b. Erteilung eines Prüfauftrags zur Aufgabe des Verwaltungsgebäudes „Schlossstraße 20 in Grevenbroich“ und
 - c. Erteilung eines Prüfauftrags zur Aufgabe des Verwaltungsgebäudes „Auf der Schanze 1A in Grevenbroich“ der Verwaltung zu.
3. Die Verwaltung wird gebeten, den Prüfauftrag „4. Prüfauftrag zur Aufgabe der Nebenstandorte des Straßenverkehrsamtes in Meerbusch und Dormagen“ in die Arbeitsgemeinschaft „Interkommunale Zusammenarbeit“ einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Unterstützung der Biologischen Station beim Aufbau eines Regionalzentrums für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 61/0502/XVIII/2026

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge informiert, dass der Umweltausschuss der Stadt Dormagen am 4. März dem Hauptausschuss die Kofinanzierung empfohlen habe. **Frau Borggräfe** fragt, ob Förderbeitrag des Kreises in Höhe von 10 % aus dem Budget für Nachhaltigkeit finanziert werden könne. **Kreisdirektor Brügge** antwortet, dass die Mittel durch den Haushalt 2026 bereits aus dem besagten Budget abgedeckt seien. **Vorsitzender Herr Dr. von Canstein** stellt fest, dass es keine weiteren Wortbeiträge gebe und lässt abstimmen.

PLUA/20260305/Ö8

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss stellt 10 Prozent für den geförderten Aufbau und die Etablierung eines Regionalzentrums für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) der Biologischen Station im Rhein-Kreis Neuss e. V. für drei Jahre ab 2027 zur Verfügung, vorbehaltlich der MUNV-Förderzusage für das BNE-Regionalzentrum (80 Prozent) sowie der Kofinanzierung durch die Stadt Dormagen von ebenfalls 10 Prozent.

Abstimmungsergebnis:

Ja 21 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0
mehrheitlich beschlossen

9. Förderantrag "Biotopteiche Wevelinghoven"

Vorlage: 61/0506/XVIII/2026

Protokoll:

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein fasst die Verwaltungsvorlage zusammen. Da die Absetzbecken allmählich verlanden, wolle der Kreis dem entgegensteuern und durch Renaturierung ein strukturreiches Feucht- und Halboffenbiotop schaffen. **Herr Küpper** betont, dass eine sehr hohe Förderung in Höhe von 95 % in Aussicht gestellt werde und die restlichen Mittel durch Ersatzgelder finanziert werden können. **Herr Wappenschmidt** fragt nach, ob es durch die Umsetzung des Förderprojektes zu Störungen in dem Gebiet komme, insbesondere für die Vogelpopulation. **Herr Elter** erklärt die Maßnahmen, mit denen eventuelle Störungen minimiert werden.

PLUA/20260305/Ö9

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss stimmt der Antragseinreichung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Mitteilungen

10.1. Abfallgebühren der kreisangehörigen Kommunen Vorlage: 68/0515/XVIII/2026

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortbeiträge.

10.2. Perspektivische Wasserführung des Gillbachs Vorlage: 68/0540/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Küpper fasst den aktuellen Sachstand zusammen und informiert über ein wichtiges Rechercheergebnis, dass der Gillbach nämlich in den Zeiten vor Einleitung von Sumpfungs- und Kühlwässern insbesondere in niederschlagsarmen Sommern oft trockengefallen sei. **Herr Küpper** führt aus, dass die Dokumentation zur historischen Recherche inzwischen der Facharbeitsgruppe Gillbach zur weiteren Verwendung übersandt worden sei. **Frau Janetta** kritisiert, dass in der Dokumentation hydrogeologische Komponenten nicht aufgegriffen worden seien, z. B. beim Unterschied zwischen ephemeren und periodisch fließenden Gewässern. **Frau Willner** erklärt, dass bei den Rechercharbeiten vorrangig der Frage nachgegangen worden sei, ob der Gillbach in früheren Jahren ganzjährig wasserführend gewesen sei oder nicht. Und diese Frage sei eindeutig beantwortet worden. **Frau Willner** stellt heraus, dass die Archive belegen, dass der Gillbach früher nicht ganzjährig Wasser geführt habe.

Vorsitzender Herr Dr. von Canstein und **Kreisdirektor Brügge** betonen, dass der Rhein-Kreis Neuss nicht verantwortlich sei für die Wasserführung des Gillbachs und dass der Kreis auch nicht RWE dazu verpflichten könne, nach Beendigung des Braunkohletagebaus weiterhin Wasser in den Oberlauf des Gillbachs einzuspeisen. **Herr Markert** bringt die Möglichkeit ins Spiel, aus dem Strukturwandelfond Gelder für ein „Gillbachprojekt“ zu schöpfen. **Frau Janetta** erkundigt sich zum Endbericht der Facharbeitsgruppe Gillbach. **Frau Willner** informiert, dass der Entwurf vorliege, aber die Ergebnisse des letzten Kreistagsbeschlusses zu Thema noch eingearbeitet werden müssen. **Frau Willner** ist zuversichtlich, dass die Arbeit der Facharbeitsgruppe zeitnah beendet werden könne.

11. Anfragen

Protokoll:

Frau Borggräfe erkundigt sich zum Thema Ökopunkte und Ausgleichsflächen. Sie wünscht dazu in einer der nächsten Ausschusssitzungen Informationen von der Verwaltung. **Herr Temburg** sagt zu, dass die Verwaltung diesbezüglich gerne im Ausschuss berichten werde. **Frau Borggräfe** fragt auch zur Landesgartenschau in Neuss, z. B. welche Potentiale für den gesamten Rhein-Kreis Neuss in dieser Veranstaltung stecken. **Kreisdirektor Brügge** antwortet, dass die Verwaltung die Geschäftsführerin Frau Nothnagel gerne einladen könne, hier im Ausschuss über die Landesgartenschau zu informieren.

12. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

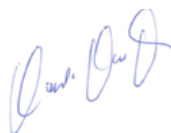
Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortbeiträge.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzender Dr. Harald Freiherr von Canstein um 19:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Dr. Harald Freiherr von Canstein
Vorsitz



Karl-Heinz Olk
Schriftführung